

# Diaföftöter Zeitung

## Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolajstraße 3.

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.25 Mark vierteljährlich außer Bestellsgeb.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

### Gegen Deutschlands wirtschaftliche Erdrosselung.

#### Eine Protestnote der deutschen Waffenstillstandskommission.

Wolffmeldung.

Berlin, 13. Januar.

Die deutsche Regierung hat heute durch die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa der Entente über die schwebenden Finanzfragen folgende Note überreichen lassen:

Auf den in Mainz über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandes stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das Höchstmögliche darstellt, was Deutschland mit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet wurde.

Es werden darin erstlich in sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, die in keinen Zusammenhang mehr gebracht werden können zu dem Artikel 19 des Waffenstillstandes, wonach die Werte, die den Alliierten als Sicherheit für Entschädigungsansprüche dienen könnten, ihnen nicht entzogen werden sollten. Die Forderung der Entente kann vielmehr lediglich dazu dienen, eine Finanzsklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium herbeigeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jeder Ausgang von Werten in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht. Es wird im Gegensatz zu den seinerzeit in Trier ausdrücklich gegebenen Zusicherungen erklärt, daß die Genehmigung insoweit erforderlich sei, als ein deutsches Verfügungsverbot nicht besteht. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche Private im Ausland aufgenommen haben, sollen genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Ausland Funktionen ausüben können. Die von der Reichsleitung bewilligten Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaueste Inventare unterzeichnet und über alle nur irgendwie denkbaren Materialien verlangt.

Zweitens aber entfernt sich der Ton der Note, aus dem die unverhohlene Freude spricht, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Ton, der bisher seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von der im zwischenstaatlichen Verkehr durchaus zugestandenen Diktation, im einzelnen in Artikel 8 erklärt, daß die Note nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich vorläufige Anweisungen des Finanzkommissars an die deutsche Regierung wiedergebe, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich ebenfalls vorbehalte.

Die deutsche Regierung legt hiermit nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandes einen Weg finden werden, dem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet.

Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, in dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der Alliierten und Affilierten auf folgendes hinzuweisen: In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Wilsonschen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und danach zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Blockade, Hinausschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Absperrung macht das deutsche Volk aufmerksam. Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Herz den weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die Alliierten und affizierten Regierungen dadurch, daß sie den

Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zur wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegen handeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegsmacht zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechts stehend, das jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker ersticken müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gebe.

Brockdorff-Rangau.

### Streik in ganz Argentinien.

Wolffmeldung.

Buenos Aires, 12. Januar.

Trotz der Mitteilung des Reichskomitees, daß der Streik beendet sei, dauern das Schießen und andere Unruhemäßigkeiten fort. Die Zahl der Opfer wird auf 1000 geschätzt. Das Kongreßgebäude wird nach einer Mitteilung mit Artillerie verteidigt. In der Stadt herrscht Anarchie. Die Lebensmittelversorgung ist kritisch. Vor allem im russischen Viertel ist es zu ersten Kämpfen gekommen. General de la Rigane befahl, alle russischen Agitatoren zu verhaften und sie auf einem im Hafen liegenden Kriegsschiff zu internieren.

In Buenos Aires wurden im Straßenkampf zwischen Streikenden und Regierungstruppen 72 Personen getötet, 81 ernstlich und 800 leicht verwundet. Bis Mitternacht wurde geschossen. Der Streik hat sich über ganz Argentinien ausgebreitet. Matrosen der Kriegsschiffe patrouillieren gemeinsam mit Polizeitruppen durch die Stadt. Es wurden 10000 Mann weißer Garde zur Unterstützung der Regierung mobilisiert. In Mal de Plata sind anarchistische Unruhen ausgebrochen. General de la Rigane hat die Militärdiktatur verkündet.

### Absperrung der finnländischen Grenze gegen Rußland.

Eigener Drahtbericht.

Helsingfors, 12. Januar.

Von 39 Abgeordneten, die am Zustand der Roten Garde teilgenommen haben, sind in letzter Instanz einer zum Tode, sieben zu lebenslänglichem Zuchthaus und 31 zu Gefängnisstrafen von acht bis zwölf Jahren verurteilt worden. Die Grenze gegen Rußland wurde wegen Überhandnahme bolschewistischer Wühler gesperrt. Estländische Truppen haben die Eisenbahnknotenpunkte stark besetzt. Die estländische Abordnung zur Erwirkung des Anschlusses der Alands-Inseln an Schweden ist nach den Verhandlungen abgereist.

### Das Wahlergebnis in München.

Eigener Drahtbericht.

München, 13. Januar.

Das Ergebnis der Wahlen in München-Stadt und Land lautet: Sozialdemokratische Partei 163 737, deutsche demokratische Partei 65 181, bairische Volkspartei (Zentrum und Reichspartei) 88 051, unabhängige sozialdemokratische Partei 16 517, Nationalliberale Partei und Bauern (Mittelpartei) 4593, bairischer Bauernbund 1386, Mittelstandspartei 1383, demokratische sozialistische Partei 1316, Partei der Berufsunteroffiziere 2988 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug mehr als 90 Prozent.

Köln, 13. Januar.

Die Meldung von der Besetzung Düsseldorf durch die Engländer bestätigt sich nicht. Es handelt sich lediglich um ein Mißverständnis. Ein Zug englischer Soldaten hatte sich mit der Genehmigung der Behörden nach Düsseldorf begeben, um sich aus der Alanenkaserne Essen zu holen.

Halle a. d. Saale, 13. Januar.

Der hiesige Soldatenrat hat die ihm von der Garnison gestellte Forderung betreffend Übergabe sämtlicher Verwahrungsgelände des Soldatenrates und Auflösung des Sicherheitsregiments einschließlich der Matrosenkompagnien angenommen.

### Sitzung des interalliierten Kriegsrats.

Saaraussendung.

Paris, 13. Januar.

Die Sitzung des interalliierten Kriegsrates am Sonntag nachmittag dauerte von 3/8 bis 3/7 Uhr. Der Kriegsrat behandelte die Verlängerung des Waffenstillstandes. Marschall Foch erläuterte verschiedene Einzelheiten betreffend die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen. Dann wurde beraten, unter welchen Bedingungen eine Verlängerung des Waffenstillstandes bewilligt werden sollte und beschlossen, die neuen Bedingungen am Montag bekanntzugeben. Die Besprechung der Frage, wobei die französische Gruppe fünf, vier, drei, zwei oder einen Vertreter für je einen Staat vorschlug, je nach der Rolle, die der betreffende Staat im Kriege gespielt habe, führten nicht zur Einigung.

Paris, 13. Januar. Saaraussendung.

Durch Erlass wird bei der Ministerpräsidentenschaft ein aus zehn Personen bestehender Rechtsausschuß zu gutachtlicher Mitwirkung bei der Friedenskonferenz geschaffen.

Der „Matin“ stellt die wichtigsten territorialen Forderungen auf, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden. Es werden territoriale Änderungen verlangt werden auf Grund des Nationalitätenprinzips oder in Ausführung der Versprechungen, die in Verhandlungen während des Krieges gemacht wurden. Diese Versprechungen werden übrigens ohne Zweifel einer Nachprüfung unterzogen werden, da sie von den Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet wurden. Das Nationalitätenargument ist entscheidend der Diskussion unterworfen, je nach dem Wert der angeführten Statistiken. Das strategische Argument ist bedeutender, je nachdem es dem Schutz gegen eine befreundete oder feindliche Nation gilt.

Belgien verlangt Limburg und freie Bewegung auf der Schelde.

Frankreich verlangt Elsaß-Lothringen als ihm gehörig. Ferner wahrscheinlich Garantien gegen einen Überfall. Es wird auch seine territorialen Rechte und Interessen in Syrien verteidigen.

Großbritannien stellt außer seinen Kolonien die Forderung auf, daß man die afrikanischen Kolonien mit Indien mittels eines Protektorats, zusammengefaßt aus arabischen Gebieten, die damit einverstanden sind, verbindet.

Italien verlangt außer dem Trentino, und Jtrien gemäß den Versprechungen die Abtretung eines ziemlich ausgedehnten Teiles an der Ostküste des adriatischen Meeres. Dies stößt mit den Ansprüchen der Südslawen zusammen. Italien beruft sich auf den Mangel von Häfen an seiner Küste am Adriatischen Meer und die nötigen Sicherungen. Es beruft sich auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und behauptet, daß die Mehrheit der Bevölkerung der von ihnen beanspruchten Gebiete italienischer Nationalität sei.

Die Südslawen bedienen sich der gleichen Argumente, und dieses Problem gilt als ernstliches Hindernis. Die Diplomaten werden versuchen, es durch einen Kompromiß zu lösen.

Die Serben werden Kroatien und Slavonien erhalten. Nur die Frage der Ausdehnung auf das Adriatische Meer ist für die Verwirklichung ihrer Pläne ein Hindernis.

Rumänien wird durch das Nationalitätenprinzip Bessarabien, Siebenbürgen und die Bukowina erhalten. Den einzigen Widerstand wird es bei der Aufteilung des Banats finden, da die Serben den Teil, der Belgrad gegenüberliegt, als natürliche serbische Grenze beanspruchen.

Die Griechen verlangen Nordpeirus und einen Teil von Thrazien, einen Teil des Bilajets von Konstantinopel und das Vilajet von Smyrna, verschiedene türkische Gebiete in Asien und die Inseln im Ägäischen Meer. Für Konstantinopel ist eine internationale Regie in Aussicht genommen. Für die Iyrischen Gebiete, die sich unter der türkischen Herrschaft befinden, sind die Statuten noch nicht festgesetzt.

Sichtlich der von den Tschecho-Slowaken und Armaniern gemachten Ansprüche wird sich die Konferenz auf das Nationalitätenprinzip stützen. Die Schleswiger Frage wird gemäß den Ansichten dieser Konferenz geregelt werden.



Die Vereinigten Staaten, die nichts für sich beanspruchen, würden in vielen Fällen als Schiedsrichter dienen.

Bourgeois saute nach einer Aussage des „Excelsior“, daß er in Übereinstimmung mit Clemenceau folgende Vorschläge mache:

1. Vor Eröffnung der Friedensverhandlungen werden die alliierten Nationen die feierliche Erklärung abgeben, daß sie die Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit als Grundlage des Völkerbundes annehmen und daß sie sich verpflichten, sie sofort als auch später untereinander zu berücksichtigen.

2. Die alliierten Nationen werden in den Friedensvertrag das Schiedsgericht und die Beschränkung der Rüstungen aufnehmen und sich allen daraus hervorgehenden Verpflichtungen unterwerfen.

3. Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens wird eine Weltkonferenz zusammentreten, damit nach Prüfung die Ansprüche und Garantien, welche die anderen, nicht zur Entente gehörenden Staaten gestellt haben, genehmigt werden.

4. Nur verhandlungsfähige Nationen, deren Regierung auf einer gesunden und kräftigen Basis begründet ist, können als Mitglied des Völkerbundes zugelassen werden.

5. Die durch den Völkerbund etwa vorzunehmenden Bestrafungen werden friedlichen Charakter haben und hauptsächlich diplomatischer und juristischer Natur sein. Die Staaten, die sich gegen den Völkerbund auflehnen, würden in eine unerträgliche Lage kommen, da dann durch die vom Völkerbund zu erlassenden Maßnahmen diesen Staaten Lieferung von Rohmaterialien vorenthalten würde. Sie würden vom Weltmarkt und vom Handel zu Land und zur See durch eine wirksame Blockade ausgeschlossen werden.

Havas meldet aus Paris: „Der Generalstabschef der Armee übermittelte folgende Auskunft über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland: Die Zahl der bis zum 12. Januar nach Frankreich zurückgekehrten französischen Kriegsgefangenen beträgt 454 455. In den Lagern der Deutschen befinden sich noch etwa 28 000 Mann. An Kriegsmaterial müssen die Deutschen nur noch einige hundert schwere Kanonen und ungefähr 300 Minenwerfer abgeben. An Eisenbahnmateriale wurde bis zum 9. Januar abgeliefert: 1965 Lokomotiven auf 5000 abzuliefernde, etwa 500 in der ersten Monatsperiode und etwa 1500 in der zweiten, ferner 61 500 Waggons auf 150 000 abzuliefernde, 4421 Lastautos auf 5000. Die 1700 zu übergebenden Flugzeuge sind sämtlich abgeliefert worden.“

#### Mißtrauen unter sich.

Im „Matin“ verlangt Kommandant de Civrieux, daß keiner der Alliierten vor dem anderen demobilisieren soll. Es könnte sonst bei der Friedenskonferenz der Zustand eintreten, daß die einen der Mächte ihren militärischen Machtapparat noch in Händen haben, die anderen jedoch nicht. Orlando's Erklärungen, daß Italien wegen der ständigen Schwierigkeiten nicht demobilisieren könne, wird mit offener Unruhe angefaßt. Doch müsse als Basis für die Liga der Völker Oberkommandierender der Ententearmee bleiben, die die Gendarmerie der Welt zu übernehmen hätte.

#### Deutscher Protest gegen englische Ausweisungsbefehle in Tiflis.

Wolffmeldung.

Berlin, 13. Januar.

Bei der Besetzung von Tiflis verlangten die Engländer die sofortige Abreise der deutschen diplomatischen Delegierten und des Konsulats, zusammen 70 Personen. Am 4. Januar erhielt General von Preß als Delegationsführer der georgischen Regierung die Aufforderung, binnen 48 Stunden mit seinen Beamten Tiflis zu verlassen und in kurzem in Potsdam den Abtransport durch ein englisches Schiff abzuwarten. Die englische Mission will sogar außer der Entfernung der deutschen amtlichen Vertreter auch die sofortige Ausweisung aller Reichsdeutschen aus dem Kaukasus erzwingen. Sie sollen zusammen mit der Delegation reisen. General von Preß protestierte gegen die völkerrechtswidrigen Ausweisungsmassregeln. Die deutsche Regierung beantragte bei der Waffenstillstandskommission und den feindlichen Regierungen die Rückziehung der Ausweisungsanweisung.

#### Streik der schwedischen Seeleute.

Eigener Drahtbericht.

Stockholm, 13. Januar.

Die schwedischen Seeleute streiken. Auch in anderen Arbeitszweigen greift die Streikbewegung um sich, besonders bei den Telegraphen- und Telephonarbeitern.

Genf, 14. Januar.

Vant Havas haben die elsaß-lothringischen Gewerkschaften, die christlichen mit eingeschlossen, den Anschluß an den französischen allgemeinen Arbeiterbund wieder zugelassen.

New York, 12. Januar. Neuter.

Der Millionär Jaques Lebaudy, der sich früher Kaiser der Sahara nannte, ist von seiner Frau erschossen worden. Frau Lebaudy die völlig zusammengebrochen ist, hatte fünf Schüsse abgegeben, die sämtlich trafen.

## Der Sieg über den Berliner Spartakismus.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 14. Januar.

Die Befreiung der Berliner Regierung von der ständigen Bedrohung durch die bolschewistische Minderheit hat, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, eine innerpolitische und außenpolitische Bedeutung. Zum erstenmal seit Beginn der Revolution und seit Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung wird klar, daß diese Wahlen auch wirklich stattfinden werden. Mit dem Zustandekommen der Nationalversammlung, die in Berlin erkämpft werden mußte, ist aber auch die Voraussetzung zur Erhaltung der Reichseinheit geschaffen worden, die mit dem Sieg des Bolschewismus in Berlin wahrscheinlich zusammengebrochen wäre. Nun, da Berlin und die Reichsregierung den Beweis ihres guten Willens und ihrer Kraft erbracht haben, gilt es mit Recht, das Mißtrauen gegen Berlin aufzugeben und die Deutschen aller Stämme zur einheitlichen Mitarbeit am Neubau des Reiches aufzurufen.

Mit der Ordnung in Berlin und den Wahlen zur Nationalversammlung haben wir auch nach außen die Vorbedingungen des Friedens geschaffen. Wir haben den Beweis erbracht: Der deutsche Reichsgedanke ist stark genug, daß er so schwere Krankheiten zu überwinden vermag, wie Niederlage und Bolschewismus in ihrer kritischsten Verbindung, und die deutsche Sozialdemokratie unterzieht sich, unterstützt durch die große Masse der Arbeiterschaft und die Mehrheit des Bürgertums, der Aufgabe, die deutsche Revolution zu eigenwilliger nationaler Arbeit zu führen. Die böswillige Behauptung, Deutschland sei nicht verhandlungsfähig, ist aufs neue widerlegt. Die deutsche auswärtige Politik hat einen aktiveren Posten gewonnen. Die Gegner müssen verhandeln, und wir dürfen wieder an einen nahen Frieden glauben, der uns durch innere Anarchie und äußere Ohnmacht zu entschwinden drohte.

In einem Erlaß der Reichsregierung an das deutsche Volk heißt es:

„Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes gewiß, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern. Am 19. Januar tritt das Volk an die Wahlurne, sein Bestimmungsrecht auszuüben. Das Volk der deutschen Republik ist der Träger der Staatsouveränität. Wer in seine freie Willensbetätigung gewalttätig eingreift, der begeht ein schweres Staatsverbrechen und muß auf strenge Bestrafung gefaßt sein.“

Die Nationalversammlung, die am nächsten Sonntag nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden wird, soll die Verfassung des Deutschen Reiches bestimmen.

Die gegenwärtige Regierung bereitet für Deutschland den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes, vor allem gegen revolutionäre und terroristische Bestrebungen, schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erringen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sicherstellt und die Gründung eines Völkerbundes zum sicheren Schutz gegen neue Kriegsgefahren ermöglicht.

Die Feststellung der nationalen Besitzerteilung im Osten kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den politischen Annerkennungsbefehl unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht versagen wird.

Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen die neuen russischen Militärdiktaturen zu schützen, die uns mit kriegerischer Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfachen wollen, dessen Schauplatz unser Land sein würde. Bolschewismus ist der Tod des Friedens, der Tod der Freiheit und der Tod des Sozialismus.

In Treue zu unserem Volke, in Treue zu unserer Überzeugung würden wir unser früheres Amt weiterführen oder von ihm willig zurücktreten, je nachdem, wie die Entscheidung des Volkes ausfällt. Bleiben wird uns die Gewißheit, zu der wir und Millionen mit uns zeit lebens in Not und Gefahr gestanden sind, daß die Sache der Demokratie und des Sozialismus, nach blutiger Verwirrung schließlich doch zum Siege gelangt und daß dieser Sieg ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen wird zum Heil unseres Volkes und der ganzen Menschheit.“

Der Zentralrat beriet am 13. Januar in Anwesenheit eines Vertreters des Kriegsministeriums Vorlagen über vorläufige Regelung der Kommandogewalt, über Stellung der Soldatenräte im Friedensheer und über vorläufige Bestimmungen über Bekleidung im Friedensheer in erster Lesung. Die Beratungen hierüber werden am 14. Januar vormittags weitergeführt werden. Dann trat der Zentralrat in Verhandlungen ein mit der Kommission der revolutionären Obleute des Berliner Zentralvorstandes, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Großberliner Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von den Vertretern der U. S. P. wurde gefordert, daß die Regierung durch den Zentralrat abberufen werde. Bei Begründung ihrer Forderung wurde verlangt, daß die Entscheidung hierüber sofort erfolgen solle. Demgegenüber wurde erwidert, daß ohne Beratung über die neuen Personen und ohne Feststellung des Programms, das die neue Regierung zu vertreten hat, über die Abberufung von jetzigen Volksbeauftragten nicht beschloffen werden könne. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag 1/3 Uhr vertagt.

Mit Einbruch der Dunkelheit wurde es im Zeitungsviertel wieder unruhig, und in den späteren Abendstunden, insbesondere zwischen 10 und 11 Uhr, war das Schießen

ziemlich heftig. Wie man hört, sind in Bodenträumen einiger Häuser immer noch Spartakisten verborgen, die in der Nacht auf die Dächer steigen und von dort aus die Schutzwachen der Zeitungsgebäude beschleichen.

Die planmäßige Entwaffnung hat heute früh 7.30 Uhr begonnen. Woabit ist besetzt bis zum Verbindungskanal, und die dortigen Brückenübergänge über den Verbindungskanal sind gleichfalls besetzt. Ebenso der Landesausstellungspark, in dem sich Matrosen befinden, desgleichen die Siemens-Schuckert-Werke usw. Die Besetzung ist unblutig verlaufen. Die Arbeit wird fortgesetzt. Die Besetzung und Entwaffnung ist nötig, damit keine Störung der Wahlen möglich ist.

#### Standrecht über der Provinz Posen.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 14. Januar.

Bromberger Zeitungen melden, daß Feldmarschall von Hindenburg in den nächsten Tagen das Oberkommando über den gesamten Grenzschutz übernehmen wird.

Vom Ministerrat der Provinz Posen ist das Standrecht verhängt worden. Um 5 Uhr nachmittags müssen die Straßen geräumt sein, ebenso in Glogau.

#### Die Blockade gegen Mitteleuropa.

Eigener Drahtbericht.

Saag, 13. Januar.

Die Einstellung der gegen Mitteleuropa gerichteten Blockade wird, wie der Berichterstatter Dillon aus Paris meldet, demnächst in der Konferenz der Alliierten behandelt werden. Die amerikanischen Delegierten haben ihre Überzeugung dahin ausgesprochen, daß die Verjagung dieser Länder schnell stattfinden muß, weil eine ungenügende Versorgungsleistung eine Gefahr für die Ententeeregierungen darstellen würde. Dillon ist der Ansicht, daß die Ententeeregierungen die Wichtigkeit dieser Meinung voll und ganz anerkennen werden.

#### Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Eigener Drahtbericht.

Essen, 13. Januar.

Der Bergarbeiterstreik dauert in unverminderter Weise an. Die Zahl der Streikenden beläuft sich heute auf rund 40 000. Auf einer Anzahl von Zechen hatten die Bergleute zwar heute die Arbeit wieder aufgenommen, die betreffenden Zechen wurden aber durch Gruppen von Spartakusleuten, die einen Demonstrationsstreik erzwingen wollten, wieder stillgelegt. Der Bergbauverein und das Kohlenyndikat haben bei der Reichsregierung telegraphisch Einspruch erhoben gegen die von uns gestern gemeldete Kontrollkommission durch den Arbeiter- und Soldatenrat Essen.

Hauptquartierleiter: G. L. u. g.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

#### Bekanntmachung.

Wegen Scharischiegens ist am 17. und 18. d. M. das Gelände östlich der Chauffee Bialystok-Wasilkom, nördlich der Straße Bialostock-Zielona und der Raum zwischen Bagnowka-Sowlang-Karakule-Dogrodniczki-Rowodworce-Wasilkom gesperrt.

Posten stehen am Südausgang von Dogrodniczki.

Bialystok, den 14. Januar 1919.

Der Ortskommandant.

Delhaes,

Hauptmann.

#### Bekanntmachung.

Das Schlachten von Rindvieh, Schweinen und Schafen außerhalb des Schlachthofes wird wiederholt streng verboten. Das Schlachthaus steht zu diesem Zwecke jeden Tag von nachmittags 2 Uhr an zur Verfügung.

Zwischenhandlungen werden neben Einziehung des Fleisches streng bestraft.

Bialystok, den 13. Januar 1919. 2718

Für den Soldatenrat: Der Stadthauptmann:

Müller. Roscher.

#### Röchin,

mit guten Zeugnissen, sucht Stellung. Offerten an Frau Viktoria Auns, Nikolaistraße 38, bei Dr. Raigrocki. 2719

DAS RESTAURANT

„AQUARIUM“  
ECKE NIKOLAISTR. UND MARKTSTR.  
IST ERÖFFNET.

Frühstück, Mittag, Abendbrot und schönes, reichhaltiges Büfett, verschiedene Weine und besondere Zimmer.

2721 Inhaber: A. Mandelbaum.



# Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk miesięcznie; na pocztę 4,95 mk kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.  
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.  
Ekspedycja: Mikołajewska 3.  
Drukiem i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześcioliniowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkań i poszukiwania posad 15 fen. Przy powtórzeniach i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

## Strajk marynarzy szwedzkich.

Doniesienie Biura Wolffa.

Sztokholm, 13. stycznia.

Marynarze szwedzcy strajkują. W innych gałęziach przemysłu ruch strajkowy także się rozpoczyna, szczególnie pomiędzy pracownikami przy telefonach i telegrafie.

## Żądania i propozycje pokojowe Koalicji.

Telegram własny.

Bazyleja, 13. stycznia.

„Matin” zestawia najważniejsze terytorjalne żądania mające być przedłożone na konferencji pokojowej. Żądać się będzie zmian terytorjalnych na podstawie zasady narodowościowej lub jako spełnienie obietnic poczynionych przez układy już w czasie wojny. Obietnice te jednak bez wątplenia będą jeszcze raz dokładnie badane, ponieważ nie były podpisane przez Stany Zjednoczone. Argument narodowościowy ulegnie decydującej dyskusji, zależnie od wartości przedłożonych statystyk. Ważne znaczenie mieć też będzie argument strategiczny, zależnie od tego czy uważany ma być za obronę przeciw zaprzyjaźnionemu, czy też nieprzyjacielskiemu krajowi.

Belgia żąda Limburga i swobodnego ruchu na Szeldzie.

Francja żąda Alzacji i Lotaryngii jako sobie przynależnej. Dalej prawdopodobnie gwarancji przeciwko narodowi. Bronić także będzie swych terytorjalnych praw i interesów w Syrii.

Wielka Brytania wymaga oprócz swych żądań kolonialnych, by połączono kolonie afrykańskie wraz z Indiami za pomocą protektoratu, połączonych ziem arabskich, które się też na to zgadzają.

Włochy żądają oprócz Trentino i Istrii stosownie do obietnic, ustąpienia znacznego kawału wschodniego wybrzeża morza adriatyckiego. Te same wymagania mają południowi słowianie. Włochy powołują się na brak portów nad morzem adriatyckim i niezbędnych zabezpieczeń. Powołują się także na prawo samo o sobie głosowania narodów twierdząc, że większość ludności w krajach jakie chcieliby do siebie przyłączyć należy do narodowości włoskiej.

Słowianie południowi posługują się temi samymi argumentami, i problem ten uważany jest za poważną przeszkodę. Dyplomaci sprobują rozwiązać go kompromisem.

Serbowie otrzymają Kroację i Sławonię. Tylko kwestia rozszerzenia granic w kierunku Adriatyku stoi na przeszkodzie urzeczywistnienia ich planów.

Na zasadzie narodowościowej otrzyma Rumunia Bessarabię, Siedmiogorzę i Bukowinę. Jedyny opór napotka przy podziale Banatu, gdyż serbowie mają pretensje do tej części, która leży naprzeciw Belgradu i uważają jako naturalną granicę.

Grecja żąda północnego Epirusa i części Tracji, części Wilajetu od Konstantynopola i Wilajet od Smyrny, rozmaite ziemie tureckie w Azji i wyspy na morzu Egejskim. Dla Konstantynopola przewidziano rząd międzynarodowy. Dla ziem libijskich, będących pod panowaniem tureckim, statuty jeszcze nie zostały ustanowione.

Co się tyczy żądań czecho-słowaków i armenczyków, to konferencja opierać się będzie na zasadzie narodowościowej. Kwestja Slezawgi uregulowaną będzie stosownie do zapatrywania tejsze prowincji.

Stany Zjednoczone, które nic dla siebie nie wymagają, będą w tych wypadkach sędziami rozjemnym.

Bourgeois powiada wedle „Excelsior’u”, że zgodnie z Clemenceau proponuje ustępujące punkty:

1. Przed rozpoczęciem pertraktacji pokojowych narody sprzymierzone uroczystie obiecać muszą, że zgadzają się na zasady prawa i sprawiedliwości jako zasadę dla związków narodów i zobowiązują się natychmiast jak też później brać wzgląd na takowe.

2. Narody sprzymierzone przyjmą w ugodzie pokojowej ten sąd rozjemczy i ograniczenia w ustrojeniu i ulegną wszelkim zobowiązaniom jakie z tego wypłyną.

3. Po podpisaniu ugody pokojowej zbierze się wszechświatowa konferencja, aby po zbadaniu żądań i gwarancji stawianych przez inne nie tylko należące do koalicji państwa były przyjęte.

4. Tylko narody zdolne do prowadzenia układów, których rząd posiada zdrową i silną podstawę, dopuszczone być mogą jako członkowie związku narodów.

5. Wszelkie kary wyznaczane przez związek narodów będą miały charakter pokojowy i w zasadzie muszą być jedynie natury dyplomatycznej i prawniczej. Państwa, sprzeciwiające się związkowi narodów, byłyby w nieznośnym położeniu, gdyż związek narodów stosował by do nich takie środki, jak niedostarczanie surowców. Wykluczone by zostały z handlu wszechświatowego tak na lądzie jak i na morzu przez surową blokadę.

## Przeciw brutalnym gwałtom.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 13. stycznia.

Rząd niemiecki wręczył dziś koalicji przez niemiecką komisję rozejmową w Spaa następującą notę o aktualnych kwestiach finansowych:

„Podczas układów w Mainz nad zastosowaniem artykułu 19 zawieszenie broni wręczył komisarz finansowy aliantów notę, która jest szczytem wszystkiego co od czasu rezejmu wymaga się od Niemiec.

Stawiane są tam poważne, zupełnie rzeczowe żądania, które nie mają już nawet nic wspólnego z artykułem 19 rozejmu, wedle którego, żądania odszkodowań mogą być zapewnione aliantom a które nie mogą im być odebrane. Żądania koalicji służyć jedynie może do utworzenia z Niemiec finansowego niewolnika koalicji. Narusza się tam prawa osób prywatnych pochodzenia niemieckiego i wywołuje przymusowy moratorium zagraniczny. Dla przykładu podajemy, że wszelki wywóz wartości za granicę zależnym ma być od pozwolenia komisarza finansowego. Oświadcza się, wbrew zapewnieniom danym swego czasu w Trierze, że pozwolenie takie dlatego jest konieczne ponieważ Niemcy nie posiadają zakazu rozporządzania ilością dowozu środków żywnościowych, surowców i przetworów fabrycznych do Niemiec ustanowioną ma być w przyszłości przez aliantów. Pozwoleniu podlegają także kredyty, które osoby prywatne przejęły za granicą. Zależne od zgody komisarza finansowego, ma być także czy urzędnicy niemieccy mogą pracować za granicą. Usankcjonowane przez kierownictwo państwa dewizy codziennie przedłożone być muszą komisarzowi finansów. Podpisywane będą dokładnie inwentarze i żądane sprawozdania o wszystkim.

Po drugie jednak oddała się ton noty, z którego przemawia wyraźna radość krzywdzenie Niemiec i upokarzanie ich, w zupełności i zasadniczo od tonu jakiego używano od czasu przerwania zatargu. Oświadcza się więc, pomijając przyjętą w stosunkach państwowych dykcję, teraz w artykule 8, że nota nie jest zupełnie rezultatem porozumienia, lecz jedynie tymczasową wskazówką daną rządowi niemieckiemu przez komisarza finansowego, której zmianą, uzupełnieniem lub zaostrzeniem ówniez sobie gwarantuje.

Rząd niemiecki niniejszym wyraźnie i poważnie protestuje oświadczając, że nie jest w stanie przyjąć noty. W kwestji tej doszły Niemcy do granicy, którą przekroczyć nie mogą. Rząd niemiecki wyraża nadzieję i oczekuje, że aljanci w wykonaniu artykułu 19 rozejmu znajdą wyjście nie narażające godności Niemiec. Rząd niemiecki uważa jednak też, że nadszedł czas, gdy zobowiązany jest zwrócić aliantom i współnikom uwagi na następujące: W narodzie niemieckim świtać zaczyna myśl, że aljanci dla tego tylko przyjęli 14 punktów Wilsona, wedle których Niemcy żyć mają jako wolny naród między narodami, aby uczynić Niemcy bezbronnymi, a potem zgwałcić. Utrzymanie blokady, odkładanie przywozu żywności, granice ekonomiczne i polityczne zwracają uwagę narodu niemieckiego. Ufając w notę sekretarza stanu Lansinga z dnia 5 listopada złożyli Niemcy broń uważając dalsze walki za zbędne. Jeśli teraz aljanci i współnicy zwlekają zawarcie pokoju i posługują się rozejmem jak narzędziem do wymuszeń ekonomicznych dławiących Niemcy, postępują wbrew oświadczeniu danemu światu w uroczystej chwili, to naród niemiecki nie jest w stanie widzieć w tem potęgę wojennej, lecz uważa postępowanie takie za sprzeciwiające się prawom Boskim i trudne do pojęcia, wszelkie też pogodzenie się narodów jest na owczas niemożliwe i nie ma dla nich wybaczenia ani też zapomnienia.

Paryż, 13. stycznia.

Doniesienie Hawas.

Ukazem utworzono przy prezie ministrów złożoną z dziesięciu osób radę mającą współpracować przy konferencji pokojowej.

## Posiedzenie międzynarodowej rady wojennej.

Doniesienie Hawasa.

Paryż, 13. stycznia.

Posiedzenie międzynarodowej rady wojennej w niedzielę po południu trwało od 1/2 do 3 do 3/4 na 7. Rada wojenna naradzała się nad przedłużeniem rozejmu. Marszałek Foch omawiał rozmaite szczegóły dotyczące się przeprowadzenia warunków pokoju. Obradowano potem pod jakimi warunkami postanowione ma być przedłużenie rozejmu. Nowe warunki opublikowane będą w poniedziałek. Omawianie kwestji, przyczem grupa francuska proponowała 5, 4, 3, 2 i 1 przedstawiciela dla każdego państwa, zależne od roli jakie dane państwo odgrywało w czasie wojny, — nie doszło do porozumienia.

W „Matin” żąda komendant de Civrieux, aby żaden z aliantów nie demobilizował przed drugim. Mogło by bowiem podczas konferencji pokojowej dość do tego, że jedno z państw miało by się zbrojną a drugie nie. Oświadczenie Orlanda, że Włochy wskutek ciągłych trudności nie mogą demobilizować przyjęte zostało z niepokojem. Foch pozostać musi jako podstawa dla ligi narodów głównym dowódcą armji sprzymierzeńców, która stać się ma żandarmami świata.

## Sąd polowy w Poznaniu.

Telegram własny.

Berlin, 14. stycznia.

Gazety bydgoskie donoszą, że feldmarszałek von Hindenburg obejmie w tych dniach główne dowództwo nad całą strażą graniczną.

Rada ministrów w Poznańskim zaprowadziła sądy polowe. Od godziny 5 wieczorem nikomu nie wolno wyjść na ulicę. To samo dzieje się w Głogowie.

## Blokada państw centralnych.

Telegram własny.

Haaga, 13. stycznia.

Przerwanie zastosowanej do państw środkowych blokady omawiane będzie, jak donosi sprawozdawca Dillon z Paryża, wkrótce na konferencji aliantów. Delegaci amerykańscy wyrazili swe przekonanie, że zapatrywanie tych krajów w żywność musi odbyć się szybko, ponieważ niedostateczne odżywianie wywołać też może niebezpieczeństwo dla rządów koalicyjnych. Dillon uważa, że rządy sprzymierzone dzielą jego zapatrywanie i w zupełności je przyznają.

Halla nad Saalą, 13. stycznia.

Tutejsza rada żołnierska przyjęła żądania stawiane jej przez załogę dotyczące się oddania wszystkich gmachów zarząd biura żołnierskiego i rozpuszczenia pułku bezpieczeństwa wraz z oddziałem marynarzy.

## OGŁOSZENIE.

Z powodu ostrego strzelania w dniu 17 i 18 t. m. nie wolno znajdować się w okolicy położonej na wschód od szosy Białostok — Wasilków, na północ drogi Białostoczek — Zielona i między Bagnówką, Sowlanami — Karakutami — Ogrodnickami — Nowodwórcami — Wasilkowem. Straż stoi u wylotu drogi w Ogrodnickach

Komendant miejscowy

De Haes

Kapitan

Białostok 14 stycznia 1919.

## Zawiadomienie.

Bicie bydła rogatego, wieprzy i baranów po za obrębem rzeźni ponownie srogo zabrania się. Rzeźnia jest specjalnie dla tego codziennie o godziny 2 po południu otwarta.

W razie nie zastosowania się do powyższego rozporządzenia, oprócz odebrania mięsa, wyznaczoną będzie surowa kara.

Białostok, dnia 13 stycznia 1919 r.

Za radę żołnierską  
Muller.

Naczelnik miasta  
Roscher.



